Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 11

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

STIMMEN DER WELTPRESSE

Illustrativ für den schweizerischen Wirtschafter, der die Erhöhung der amerikanischen Uhrenzölle als das unerfreulichste handelspolitische Ereignis des vergangenen Jahres ansehen mußte, ist ein ausführlicher Artikel im *Europa-Archiv* (Frankfurt a. M.) vom 20. 12. 1954 aus der Feder des Professors an der Princeton-Universität, *Gardner Patterson,* über die *Entwicklung der amerikanischen Handelspolitik in der Nachkriegszeit.* Patterson geht in seiner Arbeit davon aus, daß mit der Verdoppelung der Uhrenzölle der Kampf um die amerikanische Handelspolitik erst begonnen habe. Er verfolgt sie im einzelnen durch die Etappen ihres Schwankens zwischen Protektionismus und Liberalisierung, in denen das Pendel immer wieder nach der Seite der Einfuhrerschwerungen ausgeschlagen hat. — Auch dem Europäer ist es geläufig, daß die Grundlage für die handelsvertragliche Praxis der USA in dem *Trade Agreements Act* von 1934 zu finden ist, der den Präsidenten für die Dauer von drei Jahren ermächtigte, Handelsabkommen mit anderen Staaten abzuschließen und dabei auf der Basis der Gegenseitigkeit die Zölle um höchstens die Hälfte ihrer Sätze von 1930 zu senken. Von 1937 bis 1945 wurde diese Vollmacht durch den Kongreß jedesmal auf drei Jahre verlängert. Von 1948 an setzte sich im amerikanischen Parlament die protektionistische Richtung immer schärfer durch: nicht nur wurde damals der Trade Agreements Act nur um 12 Monate erneuert; für die Ausfuhr nach Amerika viel gefährlicher war die Aufnahme der berüchtigten *Gefahrenpunkt-Klausel* in das Gesetz, die der Regierung in Handelsvertragsverhandlungen Zollkonzessionen so gut wie unmöglich machte, wenn sie nach dem Urteil der dem Kongreß verantwortlichen Zollkommission mit «ernsten Gefahren» für amerikanische Produzenten verbunden sein müßten. — Damit noch nicht genug: 1951 gesellte sich die *Ausweich-(Escape-) Klausel* hinzu, die auch Pate gestanden hat bei einer analogen, die sonst erfreuliche Liberalität des Genfer Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) verwässerten Bestimmung. Obwohl die auf Vorschlag der Regierung mit Billigung des Kongresses eingesetzte *Randall-Kommission* in ihrem Bericht vom Januar 1954 einer gemäßigt liberalen Handels- und Zollpolitik das Wort redete, hat das Parlament im gleichen Frühjahr den Trade Agreements Act mit weiteren einschränkenden Vorschriften wieder nur um ein Jahr ausgedehnt. Es ist nicht zu übersehen, daß der protektionistische Ausbau des Gesetzes nicht der einzige Erfolg der Schutzzöllner geblieben ist. Den durchschlagendsten Beweis für seine protektionistische Haltung lieferte der Kongreß im Jahre 1951 mit dem berühmten *Käse-Ergänzungsgesetz,* das in der Praxis einem Einfuhrverbot für Käse und andere Milchprodukte gleichkam und wiederholt der amerikanischen Regierung Beschwerden ihrer Vertragspartner vor den Gremien des GATT einbrachte. — Gegenüber der konsequenten Einstellung des Kongresses hatte die mehr liberal gestimmte Regierung keinen leichten Stand. Vom amerikanischen Importeur wird anerkannt, daß die Zollsenkungen im Rahmen des GATT zur Liberalisierung des Handels beigetragen haben. Auch die auf nachhaltigen Druck der Exekutive vom Kongreß 1953 und 1954 verabschiedeten Gesetze zur Vereinfachung des Zollwesens haben einfuhrerleichternd gewirkt. Die Tendenz zum ausgeprägteren Protektionismus haben sie nur wenig abzuschwächen vermocht. — Das Vokabularium der Schutzzöllner und Liberalisten ist dem Kenner der Materie vertraut. Eigennützige Wirtschaftsinteressen der mit dem Import konkurrierenden Industrie, Schutz der Landwirtschaft, Sicherung der Verteidigungskapazität, die Sorge um Beschäftigungs-

grad und Lohnerhaltung und schließlich der Vorwurf, die amerikanische Regierung habe sich bei ihren Verhandlungen vom Gegner düpieren lassen, liefern die reißerischen Argumente, deren sich die Protektionisten mit Vorliebe bedienen. Auf der anderen Seite stützen sich die Parteigänger einer «internationalistischen» Politik auf die weniger zugkräftige Abneigung wider eine staatliche Wirtschaftshilfe ad infinitum und auf die Furcht vor den Wirkungen scharfer Einfuhrbeschränkungen daheim und draußen. Von den Untersuchungen über die zukünftige Außenwirtschaftspolitik, die durch die Bank einen erleichterten Zugang zum amerikanischen Markt als im nationalen Interesse liegend anraten, können wir die Berichte der «ECA-Handelsmission» und von Gordon Cray aus dem Jahre 1949, ebenso wie den Paley- (1952) und den Bell-Report (1953) überschlagen, weil ihre Vorschläge ohne erkennbare Wirkung geblieben sind. Auch der Bericht der bereits erwähnten Randall-Kommission vom Januar 1954 bekannte sich im Mehrheitsgutachten zur Politik des Abbaues der Einfuhrhindernisse. Eisenhower will 1955 seine Empfehlungen bezüglich der Handelspolitik des Landes an den Kongreß auf dem Randall-Report aufbauen. — Aus dieser Schilderung der Wellenbewegungen in der amerikanischen Handelspolitik und der treibenden Kräfte und Argumente kommt der Autor zu dem vorsichtig optimistischen Schlußurteil: «Immer mehr Menschen werden zu der Erkenntnis gelangen, daß die Bereitschaft und Fähigkeit anderer Nationen, sich an Verteidigungsvorbereitungen zu beteiligen, gesteigert wird, wenn ihnen unsere Märkte offenstehen.» — Ergänzend sei folgende Bemerkung gestattet: Es wird sich bald erweisen, ob sich die nicht ungünstige Prognose Pattersons erfüllen wird, ob also die USA ihren wiederholten Lippenbekenntnissen für den Freihandel Taten folgen lassen. Die Entwicklung der amerikanischen Handelsbilanz, für deren erste zehn Monate des Jahres 1954 die amtlichen Statistiken erschienen sind, spricht mit ihrer Verringerung der Einfuhr um 8% gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1953 eine deutliche Sprache. Kann man also sehr hoffnungsvoll gestimmt sein?

In der entscheidenden Phase der Ratifizierungsdebatte im französischen Parlament traten Ende Dezember die Repräsentanten der Schattenparlamente Polens, der Tschechoslowakei und Ostdeutschlands in Prag zusammen, um den letzten Versuch zu unternehmen, die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem zu torpedieren. Die Ergebnisse der Konferenz faßte das Zentralorgan der KP der Tschechoslowakei *Rudé právo* am 1. Januar 1955 folgendermaßen zusammen: «... Die Konferenz drückte die Überzeugung aus, daß auch nach dem vergewaltigten Abstimmungsergebnis das französische Volk und die Völker der übrigen westeuropäischen Länder ihren tapferen Kampf gegen die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht nicht aufgeben werden und versprach, daß die mehr als 55 Millionen zählende Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und der Deutschen demokratischen Republik diesen Kampf mit allen Kräften unterstützen wird. Auf der Prager Konferenz der Repräsentanten der Parlamente der drei östlichen Nachbaren des Bonner militaristischen Staates wurde erneut die Warnung vor der Abenteurerpolitik ausgesprochen, welche die Anstifter des westdeutschen Militarismus betreiben. ... Erneut wurde die Entschlossenheit der Völker dieser drei Staaten zum Ausdruck gebracht, ihren Regierungen eine volle und wirksame Unterstützung bei der Verwirklichung der Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen zu gewähren ...» — Die mehr für den internen Gebrauch der Partei bestimmte Zeitschrift des Zentralkomitees der KP der Tschechoslowakei *Nová mysl* (Nr. 12, 1954) beklagt jedoch die Passivität, mit welcher die Bevölkerung dem «Friedenskampf» gegenübersteht: «Fatalistische Ansichten bremsen die Aktivität der Massen, desorientieren sie und schwächen deren Fähigkeit, der Kriegsgefahr zu widerstehen, sowie das Vertrauen und die Be-

deutung des Friedenskampfes... Es wurden auch bisher noch nicht die Reste der pazifistischen, kampflosen Haltung gegenüber der Frage der Sicherung des Friedens überwunden. Gegen den Fatalismus, Pazifismus und andere ideologische Relikte muß man daher geduldig und energisch kämpfen...»

Die Affäre des vor einem Jahr wegen eifriger Demokratisierungsversuche abgesetzten führenden Ideologen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, *Milovan Djilas* und seines Freundes *Vladimir Dedijer*, des Hofbiographen Titos, die es während der Indienreise des Staatschefs Ende Dezember wagten, der «New York Times» und der «Times» Interviews über den totalitären Charakter des Regimes zu geben, beleuchtete den merkwürdigen Umstand, daß, aus strategischer Opportunität, mit vorwiegend amerikanischen Krediten, Rohstoff-, Lebensmittel- und Waffenlieferungen, auf dem Balkan ein kommunistisches System ausgehalten wird, das seine innere Verwandtschaft zum Sowjetsystem aufrechtzuerhalten wünscht und jede Bemühungen einer Demokratisierung als «Verwestlichung» unterdrückt. Das führende *Belgrader* Blatt *Politika* vom 30. 12. 1954 nahm zum Fall Djilas und Dedijer wie folgt Stellung: «Bemerkenswert ist vor allem das moralische Bild eines gewesenen Politikers, der es als nicht unmoralisch betrachtete, für seine politischen Ideen, die im Inland eine Niederlage erlitten haben, Unterstützung im Ausland zu suchen und gleichzeitig sein eigenes Land zu schmähen.» Als hochverräterisch wirft die «Politika» Djilas seine kaum zu widerlegenden Feststellungen vor, daß das jugoslawische System in Wirklichkeit dem Stalinismus sehr nahe stehe, daß man eine neue politische Formation bilden müßte, denn nur die könnte demokratisch und sozialistisch sein, und daß die reaktionärsten Elemente die Staatsgewalt in ihren Händen halten. Djilas' Erklärungen gipfelten, wie die «Politika» anprangert, in der Behauptung, er sei ein demokratischer Sozialist. Der Name «Kommunismus» sei gut, er sei aber kompromittiert, denn er sei ein Synonymum für Totalitarismus. Mit diesen Äußerungen habe sich Djilas zum Feinde des Sozialismus und zum Verbündeten der enteigneten Klasse und der entthronten Politiker gemacht. Djilas leugne das Bestehen der politischen Demokratie in Jugoslawien und hebe dagegen die Fahnen des bourgeoisen Parlamentarismus hoch. «Der Weg, den Djilas gegangen ist, mußte ihn zwangsläufig in die Spalten einer ausländischen Zeitung führen, denn nur von dort aus kann er den Kampf gegen den Sozialismus in Jugoslawien führen... Wenn es Kräfte gibt, die gewillt sind, Djilas zu helfen, wenn er die innere Politik angreift, dann werden diese das Schicksal ihres Schützlings erleben: sie werden von unserem Volke verstoßen und verachtet werden... Wenn jene Kreise im Westen, die jetzt Djilas helfen, die Freundschaft mit Jugoslawien zu erhalten und zu festigen wünschen, dann wird diese Hilfeleistung an die Feinde des Sozialismus die Sympathien der jugoslawischen Völker diesen Leuten gegenüber nicht steigern. Das Beispiel der Entscheidung über Triest vom 8. Oktober 1953 kann daran erinnern, wie stark das Ansehen der Westmächte in Jugoslawien gefallen ist.» Der letzte Satz der «Politika» kommt einer Drohung gleich, denn an jenem Tag kam es zu wüsten, vom Regime geförderten Demonstrationen und Ausschreitungen gegen amerikanische und britische Lesestuben, nachdem die USA und Großbritannien beschlossen hatten, Triest an Italien zuzückzugeben.

Unter dem Titel *Falsches Pathos* kritisiert die Wochenzeitung *Christ und Welt* (Nr. 2, 1955) die Kundgebung von 42 evangelischen Pfarrern in Hessen, in der sie, angesichts der Wiederbewaffnung Westdeutschlands, den «geistlichen Notstand» verkünden. Die Zeitschrift schreibt: «Diese Pfarrer gehören den Kreisen an, die sich um Karl Barth, Niemöller und Heinemann scharen... Das Unerträgliche an dieser Sache ist das Pathos, mit dem hier gesprochen wird. Was soll die ‚Erklärung des geistlichen Notstandes?' Man könnte eine Er-

klärung hinnehmen, die sich gegen die Wiederbewaffnung ausspricht. Man könnte ihnen zugestehen, daß sie sich dabei auf ihr christliches Gewissen berufen, vorausgesetzt, daß sie selbst zugeben, daß andere Christen sich ebenfalls aus Gewissensgründen für die Wiederbewaffnung erklären, wie das ja tatsächlich der Fall ist. Wer oder was berechtigt diese Christen aber dazu, von sich aus einen ‚geistlichen Notstand' zu erklären? — Es ist dies einmal während des Kirchenkampfes im Dritten Reich geschehen, und damals mit vollem Recht. Durch die jetzige Erklärung des geistlichen Notstandes wird die damalige Aktion geschichtlich entwertet. Denn wenn jeder Pfarrer sich berechtigt fühlt, angesichts irgend einer politischen Situation kurzerhand den geistlichen Notstand zu erklären, dann hat diese Erklärung jeden Sinn und jedes Gewicht verloren. Er besagt nämlich, daß diese Geistlichen auf Grund des geistlichen Notstandes sich entschließen, völlig auf eigene Faust Pfarrer zu sein und ihr Amt auszurichten, da die amtliche Kirche nichts Entscheidendes gegen die Wiederbewaffnung unternehme. — Es ist in der Geschichte der Kirche vermutlich das erstemal, daß geistliche Aktionen dieser Art nicht dogmatische, sondern politische Entscheidungen zum Gegenstand haben. Wie weit müssen diese Kreise sich von allem kirchlichen Empfinden entfernt haben, daß ihnen dieses sektiererische Pathos so leicht aus der Hand oder vielmehr aus dem Munde geht!»

Die in Delhi erscheinende Monatszeitschrift *The Eastern Economist* widmet ihre zur Jahreswende veröffentlichte Doppelnummer dem Problem *Südostasien* und untersucht es in einer Reihe von Aufsätzen vom politischen, wirtschaftlichen und philosophischen Standpunkt aus. Aus der Fülle interessanter und fundierter Artikel seien zwei herausgegriffen, die sich mit China und den USA befassen. Sie sind wie alle Beiträge in diesem Blatt von ungenannten Verfassern geschrieben. — «Südostasien, das von Indien die große Tradition der Toleranz geerbt hat», so heißt es in dem China behandelnden Aufsatz, «war nicht fähig, sich zur Begeisterung der Verteidigung demokratischer Ideale emporzuarbeiten, in einer Weise irgendwie vergleichbar mit dem leidenschaftlichen Bekenntnis, das die (chinesische) Volksrepublik sich jetzt zu eigen gemacht hat. Die Volksrepublik ist hauptsächlich auf Grund ihres neu gegründeten Glaubens aggressiv geworden, indem sie zu einer dynamischen Kraft erwacht ist, ähnlich der des islamitischen Glaubens in der Anfangsperiode seiner Ausbreitung. Auch das Christentum hat schließlich seine Kreuzzüge gehabt. Aber man muß gerechterweise feststellen, daß sich kein religiöser Kreuzzug so angriffslustig erwiesen hat wie jener der materialistischen Religion, die Marx erdacht und Lenin in die Praxis umgesetzt hat. Zusätzlich zu dieser ungeheuren, dynamischen Kraft, die sich im Gefolge des Kommunismus in China entwickelt hat, hat die Volksrepublik den einzigartigen Vorteil einer überwältigenden Einheit, wie sie das Land in seiner stolzen Geschichte nie erlebt hat... Die Kraft dieser Einheit allein würde die 574 Millionen Menschen zu einem leistungsfähigeren Kriegsapparat machen als die zahlenmäßig stärkere Bevölkerung Südostasiens, denn seine Völker sind oft, obwohl an sich freundlich, gegeneinander aufgehetzt, anstatt sich gegen den gemeinsamen Feind zu vereinigen.» — Der Artikel, der sich mit den USA befaßt, verneint die Frage eines amerikanischen Imperialismus. «Weder die Seato-Abmachungen noch der Pakistan-USA-Vertrag können tatsächlich als imperialistisch bezeichnet werden. Zum mindesten handelt es sich nicht um Imperialismus im traditionellen Sinne, indem eine Regierung von außerhalb ohne die Zustimmung der Länder eingesetzt ist, in denen sie funktioniert. In den beiden Fällen von Pakistan und Thailand haben sich diese Staaten an Amerika gewendet, und es war nicht der umgekehrte Weg. Außerdem ist Amerika der gebende und nicht der nehmende Partner, worin es sich schon von dem Imperialismus des 19. Jahrhunderts unterscheidet, der stets

mehr nahm als spendete ... Man hat Grund zu der Annahme, daß die demokratischen Bindungen zwischen den südostasiatischen Nationen und den USA günstige Resultate auf beiden Seiten zeigen werden. Mit der Bewilligung neuer Mittel für die Entwicklung Asiens ist bereits eine breite Basis für wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen. Empfindlichkeit gegenüber Amerika sollte nicht zu einem Abbruch der politischen und ökonomischen Beziehungen führen. Denn es hieße nichts anderes, als das Kind mit dem Bade ausschütten.»

Über *Schwerpunkte der kommunistischen Parteiarbeit im Westen* orientieren einschlägige Berichte des letzten Jahres aus *England, Frankreich* und *Italien,* deren Hauptpunkte kurz wiedergegeben werden [1]). Der Kommunistischen Partei *Englands* bereitet der Rückgang der Zahl eingeschriebener Parteimitglieder von 60 000 auf etwa 35 000 innerhalb der letzten zehn Jahre ernste Sorgen. Die KP Großbritanniens leidet an zunehmender Vergreisung; es fehlt ihr das frische Blut der Jugend. «Eine Partei von 30—40 000 Mitgliedern läßt sich nicht aus einem Bund der Jungkommunisten auffrischen, der nur 3000 Mitglieder zählt», erklärte der Chefredaktor des Parteiorgans «Daily Worker». Trotz der im Bund der Jungkommunisten (YCL = Young Communist League) geleisteten Arbeit ist die Zahl der Mitglieder von 3283 im April 1953 auf 2838 im April 1954 zurückgegangen. Für die YCL besteht ein absolutes Primat der politischen Arbeit, aber als politische Organisation steht der Bund auf bedeutend schwächeren Beinen, als man außerhalb der kommunistischen Parteiführung gemeinhin annimmt. Trotzdem darf man seine Existenz und seine Tätigkeit auf den verschiedenen Gebieten nicht einfach übersehen. Die Labour League of Youth und der Bund der Genossenschaftsjugend werden z. B. von manchen Kommunisten als reife Früchte angesehen, die man nur noch zu pflücken braucht — so optimistisch beurteilt man die Wirkung der Infiltration und der YCL-«Einheitsfronttaktik». Der Bund hält engen Kontakt mit allen zum Armeedienst einberufenen YCL-Mitgliedern, so daß eine zunehmende Infiltration in die Armee zu befürchten ist. Tatsache ist ferner, daß die kommunistischen Aktivisten in vielen Fällen mit Erfolg in andern Organisationen Fuß fassen konnten. — Die Kommunistische Partei *Frankreichs* stellt im Winter 1953/54 merkliche Verbesserungen in der Erziehungsarbeit der meisten Bezirksverbände fest. Die Intensivierung des Kampfes der Massen, die verstärkte ideologische Aktivität der Werktätigen und die Hilfe der Parteiführung haben dazu beigetragen, den Lerneifer der Parteimitglieder wesentlich zu steigern, doch wird in der Schulungsarbeit auch eine gewisse Neigung zum Dogmatismus beobachtet. Die Verstärkung des ideologischen Lebens der Zellen ist eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung, und die Schulungsdiskussionen sind Ausgangspunkt und Fundament der gesamten Schulungsarbeit in den Grundorganisationen der Partei. Qualifizierte Genossen müssen die Verbreitung ausgesuchter Literatur übernehmen; überall sind Bibliotheken einzurichten. Bei Vorträgen ist der Wahl der Redner große Aufmerksamkeit zu schenken, und ihre Konzepte sind vorher zu prüfen. Nationale Schulungstage für Frauen, Lehrer und Studenten sowie Departementsschulungstage haben ausgezeichnete Resultate erbracht. Die Zahl der Parteilehrgänge in den Sektionen ist auf 325 angestiegen und sollte bis Juni 1954 die Zahl von 500 erreichen. In den großen Industriezentren ist das Hauptgewicht auf die Betriebsschulung zu legen. Zu den interföderalen Lehrgängen sind vor allem Genossen zu entsenden, die bei Streiks, Kampfaktionen und Kampagnen Führereigenschaften bewiesen haben. Großes Gewicht wird auf die Errichtung permanenter Parteischulen gelegt, wobei Ausbildung und Fortbildung der Schulungsleiter besondere Aufmerksamkeit verdienen. An 8 Zentrallehrgängen, davon 2 von viermonatiger Dauer, haben 221 Hörer teilgenommen. — Die Kommunistische Partei *Italiens* findet die Kämpfe dieses Jahres ohne

Beispiel in der Geschichte Nachkriegsitaliens, und zwar sowohl hinsichtlich ihres Umfanges und ihrer Härte als auch hinsichtlich der ausgefeilten, einfallsreichen Taktik, die dabei zur Anwendung kam, und der Besonderheit der politischen und gewerkschaftlichen Situation, in der sich diese Kämpfe abspielten. Sie haben erneut den Kampfgeist der Werktätigen, die organisatorischen Fähigkeiten und die Führungskunst ihrer Führerorgane bewiesen. Die kommunistische Taktik der Einheitspolitik habe in den schwierigsten und kritischsten Phasen der Kämpfe die allerstolzesten Erfolge bei der Mobilisierung der Werktätigen und der Realisierung konkreter Errungenschaften gezeitigt. Am wichtigsten ist die Durchführung einheitlicher Aktionen in den Betrieben, weshalb der Verstärkung der Organisationsarbeit und der Verbesserung der Führung der Werktätigen in jedem einzelnen Betrieb große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im Zentrum wie an der Peripherie, bei den Ortskartellen und Betriebsorganisationen ist eine gründlichere und systematischere Organisations- und Führungsarbeit erforderlich. Die Partei muß aus ihren Arbeiteraktivisten die besten Agitatoren, die besten Gewerkschaftsaktivisten, die besten Führer der Betriebsvertretungen, der Arbeiterorganisationen und der Gewerkschaftsorganisationen machen. Damit soll der Einfluß der KP unter den werktätigen Massen, vor allem unter den Massen der Industriearbeiter, verstärkt und der Vormarsch der Partei gesichert werden.

---

[1]) John Clews: The Problem for Britain's Communists (Nachwuchsprobleme der KP Englands), «Ost-Probleme», Bonn/Mehlem, Nr. 47, 26. Nov. 1954. François Billoux: Sur quelques aspects de la bataille idéologique et du travail d'éducation; «Cahiers du Communisme», Paris, Mai 1954. Luigi Longo, Sekretär des ZK der KP Italiens: I nostri compiti di lavoro fra gli operai e nelle fabbriche (Unsere Aufgaben bei der Aktivität unter den Arbeitern und in den Betrieben); «L'Unità», Rom, 31. Oktober 1954.

BERICHTIGUNG

In dem Aufsatz von General H. J. Kruls im Januarheft 1955 heißt der Verfasser des Buches «Strategie für den Westen» richtig: Sir John Slessor.